

PRESSEMITTEILUNG

Grundsteuererhöhung in rund 150 niedersächsischen Kommunen

BFW Niedersachsen/Bremen e.V. warnt vor weiteren Belastungen für Mieter und Eigentümer

Hannover, 19.06.2025. Der BFW Landesverband Niedersachsen/Bremen kritisiert die Grundsteuererhöhungen als zusätzlichen Schlag gegen die Immobilienwirtschaft. Trotz politischer Zusagen, dass die Grundsteuer im Zuge der bundesweiten Reform nicht steigen sollte, erhöht rund jede siebte niedersächsische Gemeinde noch in diesem Jahr ihre Grundsteuer-Hebesätze. Dies geht aus aktuellen Zahlen des Bundes der Steuerzahler Niedersachsen hervor, über die der NDR jüngst berichtete [1].

„Diese Entwicklung ist ein Schlag ins Gesicht aller, die auf das politische Versprechen der Aufkommensneutralität vertraut haben“, erklärt Dirk Streicher, Vorstandsvorsitzender des BFW Landesverbands Niedersachsen/Bremen. „Unsere Mitgliedsunternehmen, die in den letzten Jahren rund die Hälfte des Geschosswohnungsbaus in den Ballungszentren realisiert haben, sehen sich nun mit zusätzlichen Kosten konfrontiert, die an Mieter und Käufer weitergegeben werden müssen.“

Die Grundsteuererhöhungen treffen die Immobilienwirtschaft in einer ohnehin angespannten Marktlage. Derzeit kämpfen Bauunternehmen und Projektentwickler mit gestiegenen Material- und Energiekosten, immensen Bauvorschriften und einem Mangel an Fachkräften. Steigende Steuerlasten verstärken den Kostendruck zusätzlich. Der BFW Niedersachsen/Bremen befürchtet, dass weitere Kommunen nachziehen. Während Unternehmen bei Neubauprojekten mit mehrjährigen Planungs- und Realisierungszeiträumen kalkulieren müssen, können sich Grundsteuerhebesätze kurzfristig ändern. Dies erschwert eine verlässliche Kostenplanung.

Die Weitergabe der Mehrkosten an Mieter und Käufer ist dabei unvermeidlich. Bei Mietwohnungen werden Grundsteuererhöhungen als Betriebskosten auf die Mieter umgelegt, was den Wohnraum verteuert. Bei Eigentumswohnungen und Häusern führen die höheren laufenden Kosten zu einer zusätzlichen Belastung der Käufer.

Die Ursachen für die Steuererhöhungen liegen in der prekären Finanzlage der niedersächsischen Kommunen. Diese führen dazu, dass sich die Rahmenbedingungen für Investitionen in den Wohnungsbau weiter verschlechtern, da Kommunen weniger Mittel für die notwendige Infrastruktur zur Verfügung haben.

PRESSEMITTEILUNG

BFW fordert verlässliche Rahmenbedingungen

Der BFW Niedersachsen/Bremen fordert mehr Verlässlichkeit und die Einhaltung der Aufkommensneutralität. Das Ziel muss sein: Entlastung statt weiterer Belastung. Dies gilt auch für die Finanzierung kommunaler Infrastrukturprojekte, die zur Schaffung von Wohnraum unerlässlich sind. Hier müssen Bund und Länder die Kommunen stärker unterstützen, damit diese ihre Infrastrukturaufgaben wahrnehmen können, ohne an der Steuerschraube zu drehen.

Quellen:

[1] NDR: "Steuer-Schock für Hausbesitzer: Jede siebte Gemeinde plant Erhöhung der Grundsteuer", 19.06.2025,
<https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/mehr-als-150-kommunen-haben-die-grundsteuer-erhoeht-grundsteuer-190.html>

Kontakt:

**BFW Landesverband Freier Immobilien- und
Wohnungsunternehmen Niedersachsen/Bremen e.V.**

Hohenzollernstr. 26 | 30161 Hannover | Tel.: 05 11 / 38 88 54 86

www.bfw-nb.de

Ansprechpartner:

David Jacob Huber, Geschäftsführer BFW Niedersachsen/Bremen e.V.

Telefon: 0511- 38 88 54 86 | Mail: huber@bfw-nb.de

Über den BFW:

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Zum BFW gehören acht Landesverbände, die jeweils vor Ort die Schnittstelle zwischen Politik und Wirtschaft sowie Wissenschaft und Industrie bilden. Für Nordwestdeutschland vertritt der Landesverband Niedersachsen/Bremen die Interessen seiner Mitglieder, kennt die regionalen Besonderheiten der Märkte und wirkt an wohnungs- und städtebaulichen Entscheidungen der Politik mit. Die rund 90 Mitgliedsunternehmen des BFW Niedersachsen/Bremen e.V. verantworten rund 60 Prozent des Geschosswohnungsbaus in Bremen und den niedersächsischen Metropolregionen. Zusätzlich errichten die überwiegend mittelständischen Familienunternehmen eine beachtliche Anzahl von Ein- und Zweifamilien- sowie Reihenhäusern und schaffen somit Wohnraum für Menschen jeder Einkommensgruppe.